

VOICE

Die Zeitschrift der GfbV | September 2023 | Nummer 3



Indigene Aktivist:innen in Russland

Aus dem Exil für Indigenenrechte

Repression gegen kritische Stimmen in Russland erschwert den Einsatz für Indigenenrechte vor Ort. Dies trifft die Indigenen Partner:innen der GfbV, es ist aber auch in der Zusammenarbeit mit ihnen spürbar – denn auch diese dient dem Regime als Grund für repressive Massnahmen. In dieser schwierigen Situation sind neue Initiativen und Organisationen entstanden, um den Kampf für Indigenenrechte in Russland aus dem Exil weiterzuführen.

Diesen Juni begann in Moskau ein Strafverfahren gegen den Menschenrechtsaktivisten Oleg Orlov. Grundlage dafür ist ein kriegs- und regimekritischer Artikel, in dem er den neu eingeführten Straftatbestand der «Diskreditierung der russischen Streitkräfte» begangen haben soll. Doch es geht um mehr: Orlov ist

Co-Leiter der mit dem Friedensnobelpreis dotierten Menschenrechtsorganisation Memorial und setzt sich seit über 40 Jahren für ein demokratisches Russland ohne willkürliche Verhaftungen und Folter ein.

Ein weiteres prominentes Beispiel für den Umgang Russlands mit kritischen Stimmen ist der Indigene Schamane Alexander Gabyschew aus Jakutien im Fernen Osten Russlands. 2019 machte sich dieser auf eine Reise quer durch das Land, mit dem Ziel, Präsident Putin mit friedlichen Mitteln aus dem Kreml zu vertreiben. Endpunkt der Reise sollte Moskau sein.

Dort plante Gabyschew, auf dem Roten Platz ein schamanistisches Ritual durchzuführen. Doch dazu kam es nie, denn mittlerweile befindet er sich in psychischer Zwangsbehandlung – ein gebräuchliches Mit-



**GESELLSCHAFT
FÜR BEDROHTE
VÖLKER**



An der UNO in Genf konterten die Partner:innen der GfbV die russische Propaganda, mussten die Aktion aber abbrechen.

tel in Russland, um die Opposition zum Schweigen zu bringen. Erst im Juli lehnte ein russisches Gericht den Entscheid ab, Gabyschew in eine Psychiatrie mit milderer Haftbedingungen zu verlegen.

Unternehmerische und staatliche Interessen

Der Umgang der Behörden mit Orlow und Gabyschew steht sinnbildlich für die vielen Gesichter der Repression in Russland. Diese betrifft die gesamte Gesellschaft – und es betrifft auch immer wieder Indigene Regimekritiker:innen. Denn diese befinden sich oftmals in einem Spannungsfeld unternehmerischer und staatlicher Interessen, besonders im Bereich der Landrechte und des Rohstoffabbaus. Letzterer bildet das Rückgrat der russischen Wirtschaft – entsprechend stark ist der Druck auf Indigene Gemeinschaften, deren Rechte den Profitinteressen im Weg stehen. Seit dem Einmarsch der russischen Armee hat der Druck noch zugenommen: «Das russische Regime verstärkt die Verfolgung und Einschüchterung von Vertreter:innen Indigener Gemeinschaften, die offen für ihr Land, ihre Territorien und ihr Recht auf Selbstbestimmung kämpfen und ihre Position öffentlich deutlich machen», so die exilierte Indigenenrechtsaktivistin Yana Tannagasheva am UN-Expert:innenmechanismus für die Rechte der Indigenen Völker (EMRIP) Ende Juli in Genf. Dort konterten Yana Tannagasheva und andere GfbV-Partner:innen der russischen Propaganda, die auch in der UNO deutlich spürbar war – und es wurde ihnen prompt damit gedroht, nie mehr einen Fuss in die UNO setzen zu dürfen. Die Einschüchterungen und Repression zeigen sich nicht nur in Russland, sondern sogar in der UNO – und haben auch Folgen für die internationale Zusammenarbeit.

Repression erschwert internationale Zusammenarbeit

Internationale Zusammenarbeit wird immer komplizierter. Grund dafür ist mitunter das Gesetz über «ausländische Agenten». Dieses verleumdet und kriminalisiert die internationale Zusammenarbeit und den Austausch mit anderen Gemeinschaften und NGOs

im Ausland, so auch den mit der GfbV. Dieses und andere Gesetze erschweren auf nationaler und internationaler Ebene persönliche Treffen und eine gute Koordination des Einsatzes für die Rechte Indigener Gemeinschaften. Momentan können Treffen nur unter grossen Sicherheitsvorkehrungen stattfinden, denn der Geheimdienst in Russland ist überall.

Die Zusammenarbeit mit internationalen Partner:innen, darunter auch mit der GfbV, stellt für Indigene in Russland ein hohes Sicherheitsrisiko dar. Der Schutz der Partner:innen hat für die GfbV aber oberste Priorität. Deshalb, aber auch weil immer mehr Indigenenrechtsaktivist:innen fliehen mussten, hat sich die Zusammenarbeit mit exilierten Personen in den letzten Jahren intensiviert: Beispielhaft ist die Unterstützung und Zusammenarbeit mit der Exilorganisation International Committee of Indigenous Peoples of Russia (ICIPR). Die Gründung dieser Organisation geht auf den Einmarsch Russlands in die Ukraine zurück, auf die Flucht mancher prominenter Indigenenrechtsaktivist:innen und auf die Unterwanderung der Indigenenorganisation RAIPON durch staatstreue Mitglieder, die im Interesse des russischen Staates und der Wirtschaft handeln. Um ein eigenes, kritisches Sprachrohr zu schaffen, gründeten unter anderem auch exilierte GfbV-Partner:innen das ICIPR, um diese Kritik an Russland auch international hörbar zu machen.

Vielfältiger Aktivismus

Der Aktivismus des ICIPR ist so vielseitig wie seine Mitglieder. Ein prominentes Mitglied ist Wladislaw Tannagashev. Ende der 90er Jahre bis 2013 war er ein bedeutender Lokalpolitiker in der südsibirischen Kohleabbauregion Kuzbass, bevor er sich ganz den Menschenrechten verschrieb und sich mit dem russischen Staat anlegte. Tannagashev ist ein Vertreter der Schor:innen, einer kleinen Gemeinschaft, die in besagter Region lebt. Er ist zudem Mitglied des Kongresses der Volksdeputierten, der im Februar und März 2023 in Polen stattfand.

Der Kongress der Volksdeputierten ist ein ad-hoc Parlament in vorbereitender Funktion, das sich aus ehemaligen und aktuellen regimekritischen Abgeordneten Russlands zusammensetzt. Ihr erklärtes Ziel ist es, das derzeitige Regime zu ändern, die Feindseligkeiten auf dem Territorium der Ukraine unter den Bedingungen der ukrainischen Seite zu beenden sowie die Entkolonialisierung und Entmilitarisierung Russlands zu erreichen. Das Parlament hat die Aufgabe, die Gesetzgebung für den Übergang weg von einem diktatorischen Russland nach Putin vorzubereiten.

Wladislaw Tannagashev ist der einzige Indigene Vertreter am Kongress der Volksdeputierten in Polen. Er setzt sich in diesem politischen Prozess dafür ein, die Gesetzgebung für die Übergangszeit des Post-Putin-Russlands mit internationalen Normen und Gesetzen in Bezug auf Indigene Gemeinschaften in Einklang zu bringen. Die Gesellschaft für bedrohte Völker unterstützt ihn dabei, ein im Sinne Oleg Orlovs demokratisches und gerechteres Russland der Zukunft zu schaffen, in dem Indigene Gemeinschaften eine Stimme haben, die ernst genommen wird.

Text: **Simon Benthous**, Programmleiter Arktis

Kohlemine bedeutet Ende für ein Dorf

Das Dorf Kazas in der südsibirischen Region Kuzbass, in dem Wladislaw Tannagashev und Yana Tannagasheva gelebt haben, musste einer Kohlemine weichen (siehe Titelbild). Diese befindet sich nicht mal einen Kilometer vom Dorf entfernt. Das Minenunternehmen kaufte grosse Teile des Dorfes auf. Fehlende Information und Perspektiven liessen den meisten Bewohner:innen kaum eine Wahl, als ihr Land zu verkaufen. Manche blieben jedoch und stellten sich den Plänen entgegen – mit schlimmen Folgen für sich und das Dorf Kazas. 2013 gab es eine Reihe ungeklärter Brände der Häuser derjenigen, die sich weigerten, das Dorf zu verlassen. Doch der Druck liess auch dann nicht nach, als die letzten Häuser zerstört waren: 2018 flohen Yana Tannagasheva und Wladimir Tannagashev nach Drohungen durch das Minenunternehmen und staatliche Stellen ins Exil.

Editorial

Kolonialismus in einem neuen Gewand: Seit Jahrhunderten beuten Unternehmen Indigene Territorien für ihren Profit aus. Im Namen der Energiewende führen Staaten und Unternehmen diese Ausbeutung nun fort: Mineralien und Metalle, die für erneuerbare Energietechnologien benötigt werden, befinden sich in grossen Mengen auf oder in der Nähe Indigener Territorien. Damit die Rechte Indigener Gemeinschaften nun nicht unter dem Deckmantel der dringend nötigen Energiewende missachtet werden, haben wir das neue Programm «Climate Justice. Respect Indigenous Consent!» ins Leben gerufen – mehr über unser Programm und über ein Beispiel der Umweltzerstörung und Unterdrückung der lokalen Bevölkerung in Tibet erfahren Sie auf Seite sieben und in der Infografik in der Mitte im Heft.

Auch in Russland nimmt die Repression zu: «Das russische Regime verstärkt die Verfolgung und Einschüchterung von Vertreter:innen Indigener Gemeinschaften, die offen für ihr Land, Territorien und ihr Recht auf Selbstbestimmung kämpfen», sagte unsere Partnerin Yana Tannagasheva diesen Sommer in Genf. Lesen Sie in unserem Leitartikel über die Repression in Russland und deren Folgen – und den Kampf für Indigenenrechte aus dem Exil.

Das Recht auf Land ist auch in Brasilien unter Druck: Obschon der rechtsextreme ehemalige Präsident Bolsonaro für die nächsten acht Jahre nicht mehr wählbar ist, bedrohen die Folgen seiner Politik Indigene Gemeinschaften in Brasilien weiterhin. Was das konkret bedeutet, lesen Sie auf Seite sechs. Auf der letzten Seite teilt im Interview der Aktivist Beto Marubo seine Einschätzungen dieser politischen Entwicklungen.

Wir müssen also weiterhin aufmerksam bleiben und gemeinsam hinschauen. Wir wünschen Ihnen eine gute Lektüre!

Silvia Schönenberger, GfbV-Programmleiterin

P.S. Auch bei den kommenden Parlamentswahlen können Sie sich für die Menschenrechte einsetzen. Unsere Wahlempfehlung: unser Mitgründer Bernhard Pulver für den Ständerat im Kanton Bern sowie unsere Präsidentin Lisa Mazzone für den Ständerat im Kanton Genf.

IMPRESSUM

VOICE 3, September 2023 **Herausgeberin:** Gesellschaft für bedrohte Völker, Birkenweg 61, CH-3013 Bern, 031 939 00 00, info@gfbv.ch, www.gfbv.ch **Spendenkonto:** Berner Kantonalbank (BEKB): IBAN CH05 0079 0016 2531 7232 1 **Redaktion:** Reta Barfuss und Dominique Schärer **Layout:** Tania Brügger Márquez **Mitarbeit an dieser Nummer:** Reta Barfuss, Simon Benthous, Selina Morell, **Erscheinungsweise:** vierteljährlich **Auflage:** 4000 Exemplare **Druck:** Mattenbach AG; gedruckt auf Plano Speed **Abonnement:** CHF 30.–/Jahr (wird jährlich einmal von Ihrer Spende abgezogen) **Mitgliederbeitrag:** mindestens CHF 80.–/Jahr **Titelbildfoto:** Nelli Slupachik



Klimagerechtigkeit geht nur gemeinsam

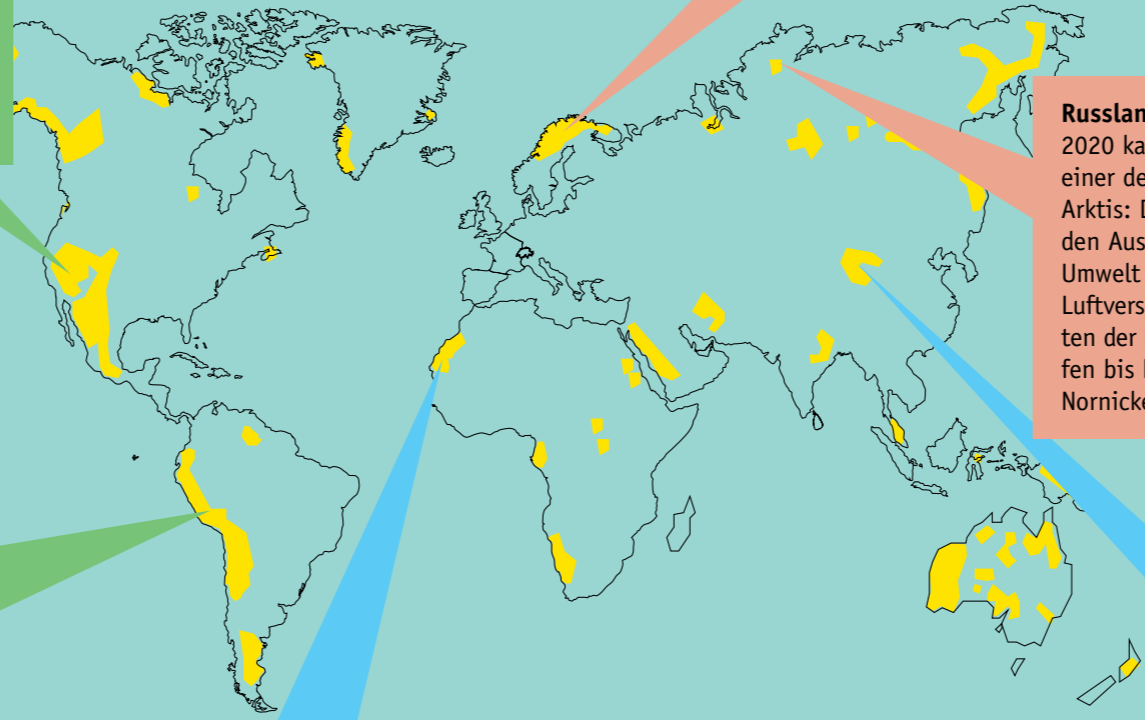
Klimagerechtigkeit kann nicht erreicht werden, solange die Energiewende auf Kosten Indigener Gemeinschaften und Minderheiten geht. Doch momentan ist genau dies der Fall: Überdurchschnittlich oft entstehen Minenprojekte für Übergangsmaterialien, zum Beispiel für Elektrobatterien oder Solarzellen, auf Indigenen Territorien – und Indigene Gemeinschaften und Minderheiten müssen die Konsequenzen tragen. Gemeinsam mit der SIRGE-Koalition setzt sich die GfbV dafür ein, dass sich das ändert.



USA: Lithiummine droht heilige Grabstätte zu zerstören In Nevada wird auf dem Gebiet der Paiute und Shoshone eine Lithiummine gebaut. Beteiligt ist der Autohersteller General Motors, der das Lithium für Elektroautos verwendet. Die Mine droht die heilige Grabstätte Peehee Mu'huh mit grosser kultureller und religiöser Bedeutung zu zerstören. «People of Red Mountain» organisiert mit Unterstützung der SIRGE Koalition Widerstand gegen die Mine.




Chile: Lithiumabbau verschlimmert Wasserknappheit Die Atacama-Salzebene ist die Heimat der Indigenen Gemeinschaften Lickanantay und Colla. In der Region befindet sich eine der grössten Lithiumreserven weltweit – das Metall ist Bestandteil von Batterien für Elektroautos. Der zunehmende Rohstoffabbau setzt den Grundwasserspiegel empfindlich unter Druck. Die Indigenen Gemeinschaften und die SIRGE Koalition setzen sich für das Recht auf Wasser und Mitbestimmung ein.




Norwegen: Weidefläche für die Rentierzucht unter Druck Die Bergwerksgesellschaft «Nussir ASA» plant an einem Fjord in Norwegen zwei Kupferminen, welche die traditionelle Rentierzucht der Sámi und die Umwelt bedrohen: Restmassen mit Chemikalien und Schwermetallen sollen in den Fjord geschüttet werden. Dies bedroht den Fischbestand. Das Projekt liegt momentan auf Eis, doch der Druck von Minenprojekten auf die Landrechte der Sámi ist in ganz Sápmi zu spüren.



Russland: Umweltkatastrophe in der Arktis Im Mai 2020 kam es auf der russischen Taimyr-Halbinsel zu einer der schwersten Umweltkatastrophen in der Arktis: Die Nickel-Firma Nor Nickel verantwortet den Ausfluss von 21'000 Tonnen Dieselöl in die Umwelt und verursacht immer noch schwere Luftverschmutzung. Die Indigenen Gemeinschaften der Dolganen, Nenzen und Nganassanen kämpfen bis heute mit den Konsequenzen. Nun plant Nor Nickel Lithiumminen auf der Kola-Halbinsel.

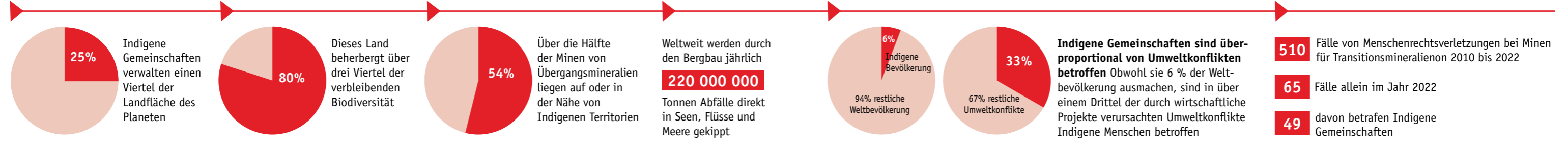


Westsahara: Solar- und Windenergie aus besetzten Gebieten Die marokkanische Regierung nutzt die besetzte Westsahara immer mehr als Standort für Solar- und Windanlagen und für den Rohstoffabbau. Weil die Selbstbestimmungsrechte der Indigenen Saharawi dabei missachtet werden, haben sich mehrere internationale Unternehmen bereits zurückgezogen. Das Widerstand geht jedoch weiter.



Tibet: Wasserverschmutzung durch Lithiumabbau Im Jahr 2010 gewährte die chinesische Regierung dem Hersteller von Lithium-Ionen-Batterien BYD einen 20-jährigen Vertrag für Lithiumabbau im Zabuye-See im Westen Tibets. Die Folgen des Lithiumabbaus sind in Tibet bereits deutlich spürbar: Durch ein Leck der Ganzizhou Rongda Lithium-Mine gelangte mehrmals Salzsäure in den Lichu-Fluss, was zur Vergiftung von Fischen und Nutztieren führte.

- Aktiver GfbV-Fall
- Fall der SIRGE-Koalition
- Relevanter Fall ohne GfbV/SIRGE-Bezug
- Minenprojekte für Übergangsmaterialien auf Indigenen Gebieten



Brasilien: Die Gewalt geht unter Lula weiter



Tausende Menschen demonstrieren am Acampamento Terra Livre ATL 2023 gegen die noch aus der Zeit des Ex-Präsidenten Bolsonaro stammenden Indigenen- und umweltfeindliche Politik.

In Brasilien hat sich unter der neuen Regierung Lula Einiges getan. Nicht nur zum Guten, denn trotz der linken Regierung sind zentrale Entscheidungsorgane immer noch durch rechte Politiker:innen und Richter:innen dominiert. Deren Einfluss hat verheerende Folgen für die Rechte Indigener Gemeinschaften: Mehrere hängige Entscheide stellen ihre Landrechte in Frage.

Diesen Sommer hat das höchste brasilianische Gericht STF ein bedeutendes Urteil gefällt: Jair Bolsonaro hat sein Amt missbraucht und durch den Putschversuch im Januar einen Angriff auf die Demokratie in Brasilien zu verantworten. Der ehemalige Präsident darf nun in den nächsten acht Jahren nicht erneut für dieses Amt kandidieren. Dennoch beeinflusst seine jahrelange ultrarechte Politik das politische Geschehen in Brasilien noch immer stark – auch die Rechte Indigener Gemeinschaften.

In den letzten Monaten gab es auf unterschiedlichen politischen Ebenen Entscheide, die die Indigenenrechte enorm einschränken könnten. Unter anderem betrifft dies einen Entscheid des höchsten brasilianischen Gerichts STF: Der von Jair Bolsonaro eingesetzte Richter André Mendonça forderte mehr Zeit zur Akteneinsicht in einem Prozess über das Territorium «Ibirama La Klãnõ» der Indigenen Gemeinschaft der Xokleng – das Gericht hiess die Forderung gut. Damit sind die Verhandlungen über dieses Territorium erneut für 90 Tage pausiert.

Dies ist ein politischer Schachzug Mendonças. Der Prozess stellt nämlich einen Präzedenzfall in einer Grundfrage dar, die momentan auch im Rahmen des Gesetzesentwurfs PL 490 im brasilianischen Kongress zur Debatte steht. Es geht dabei um das Recht Indigener Gemeinschaften auf Gebiete, die sie erst nach 1988 bewohnen. Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass Indigenen Territorien der Schutzstatus aberkannt werden kann, sollte die Indigene Gemeinschaft ihre Anwesenheit vor 1988 nicht nachweisen können und dass unter diesen Bedingungen keine neuen Territorien anerkannt werden. Das Perfide daran: Mehr als zwei Drittel der Indigenen Gemeinschaften, darunter auch die Xokleng, sind im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts massenhaft getötet und vertrieben worden – durch den europäischen Kolonialismus und auch in den Jahren der rechts-extremen Militärdiktatur in den Jahren vor 1988.

Die Abgeordnetenversammlung hat dem Gesetz schon zugestimmt. Der Entscheid des Senats ist jedoch noch ausstehend. Schaut man sich die rechte Mehrheit im Senat an, so ist auch in dieser Kammer ein Entscheid zugunsten des neuen Gesetzes zu befürchten.

Die Zukunft ist ungewiss

Richter André Mendonça spielt nun auf Zeit. Denn das Oberste Bundesgericht hat eine moderatere politische Stossrichtung als der Kongress – und könnte so zugunsten der Indigenen Gemeinschaften

entscheiden. Mit der Pausierung der Verhandlungen erreicht Mendonça, dass das STF mit grosser Wahrscheinlichkeit erst nach dem Entscheid des Senats über PL 490 über den Fall «Ibirama La Klãnõ» urteilen wird. Es ist zu befürchten, dass das Oberste Gericht dann im Sinne des Senats entscheiden wird – und damit einen Präzedenzfall gegen die Indigenenrechte schafft.

Das wäre brandgefährlich. Denn es würde bedeuten, dass das Recht Indigener Gemeinschaften auf ihre Territorien verhandelbar wird. Dinamam Tuxá, Exekutivkoordinator der GfbV-Partnerorganisation APIB (Articulation of Indigenous Peoples of Brazil), sagt dazu: «Den Antrag von Bolsonaros Richter André Mendonça, mehr Zeit zur Aktenstudie zu erhalten, steht für die Kontinuität der Gewalt gegen Indigene Gemeinschaften».

Text: **Reta Barfuss**, Praktikantin Kommunikation

Benefizabend für den Amazonas



Am 27. Juni durfte die GfbV den Indigenen Aktivisten Beto Marubo und den Starfotografen Sebastião Salgado in Zürich an einem Benefizabend begrüssen. Die beiden kämpfen seit Jahren gemeinsam für die Rechte der Indigenen Gemeinschaften im Vale do Javari im brasilianischen Bundesstaat Amazonas. Dort leben mehrere Indigene Gemeinschaften, darunter auch in freiwilliger Isoliertheit lebende Gruppen – doch diese sind zunehmend bedroht. Die beiden riefen am Podium die Schweiz und das Publikum dazu auf, sich für den Schutz der Indigenen Gemeinschaften und des Amazonas einzusetzen.

Indigene Selbstbestimmung ist Teil der Lösung

Die Klimakrise fordert schnelles Handeln. Doch zu oft erschliessen Unternehmen für die Energiewende benötigte Rohstoffe auf Kosten Indigener Gemeinschaften und ihrer Rechte. Mit unserem neuen Programm «Climate Justice! Respect Indigenous Consent» setzen wir uns nun auch im Kontext der sogenannten «grünen» Wende für Indigene Selbstbestimmung ein.



Für die Gewinnung von Kupfer graben sich schwere Geräte tief in die Landschaft im Norden Schwedens ein.

Obschon Indigene Gemeinschaften kaum zur Klimakrise beitragen, sind sie von deren Folgen überdurchschnittlich betroffen. Und auch die Folgen einiger technologischer Lösungen treffen sie überdurchschnittlich: Erneuerbare Energien und die Elektromobilität – insbesondere Autobatterien – beanspruchen eine grosse Menge an Mineralien. Zu diesen sogenannten Übergangsmineralien gehören unter anderem Kupfer, Nickel oder Lithium. Entsprechend steigt die Zahl solcher Minen, die sich zu mehr als der Hälfte auf oder in der Nähe Indigener Gebiete befinden. Und das, obschon die Minen den Indigenen Lebensraum und Wasserressourcen bedrohen und die umliegende Natur langfristig zerstören.

Dennoch sind Indigene Gemeinschaften kaum an den Entscheidungen über den Bau der Minen und die Nutzung ihres Landes beteiligt. Denn momentan befinden sich Staaten und Unternehmen in einem regelrechten Wettrennen auf Übergangsmineralien. Bewilligungen zum Bau der Minen werden im Schnellverfahren erteilt – auf der Strecke bleiben die Rechte Indigener Gemeinschaften.

Mit unserem neuen Programm «Climate Justice! Respect Indigenous Consent» setzen wir uns gemeinsam mit internationalen Partner:innen in der «Securing Indigenous Peoples' Rights in the Green Economy» (SIRGE) Koalition dafür ein, dass Indigenenrechte in der Energiewende respektiert werden. Denn nur so kann Klimagerechtigkeit erreicht werden – und eine Welt geschaffen werden, in der Indigene Selbstbestimmung und Rechte nicht verhandelbar sind.

Um mehr über unser neues Programm und Forderungen zu erfahren, besuchen Sie die neue Website zum Thema Klimagerechtigkeit und Indigenenrechte:

www.gfbv.ch/klimagerechtigkeit

Text: **Reta Barfuss**, Praktikantin Kommunikation

China: Erneuerbare Energie um jeden Preis?

In China geht die weltweit grösste Solar-Wasserkraft-Anlage in Betrieb – auf einem Gebiet, das tibetische Nomad:innen als Weide nutzen. Der Fall zeigt exemplarisch, wie leicht der Übergang zu erneuerbaren Energiequellen mit den Interessen von Minderheiten in Konflikt geraten kann.

Es klingt zunächst grossartig: Im Juli ist in der tibetischen Präfektur Garze in der chinesischen Provinz Sichuan eine neue hybride Solar-Wasserkraft-Anlage in Betrieb gegangen. Es ist ein Kraftwerk der Superlative. Die Anlage erstreckt sich über eine Fläche von rund 1'667 Hektar, das sind über 2'000 Fussballfelder. Das Kraftwerk kann jährlich rund 2 Milliarden Kilowattstunden (kWh) erzeugen. Zum Vergleich: Die Schweiz verbrauchte im letzten Jahr 57 Milliarden kWh Strom.

Vertrieben ohne Entschädigung

Während hierzulande über Windturbinen und Solarpanels gestritten wird, scheint die chinesische Regierung bei der Energiewende schnell zu handeln. Doch lokale Stimmen bleiben auf der Strecke: Das Kraftwerk steht auf Gebiet, auf dem tibetische Nomad:innen ihr Vieh weiden liessen. Dieses mussten nun der Anlage weichen. Die Nomad:innen geben an, bei der chinesischen Regierung erfolglos Beschwerde eingelegt und entgegen ursprünglichem Versprechen keine Entschädigung für ihr Land erhalten zu haben. Eine unabhängige Überprüfung vor Ort ist nicht möglich. Es ist nicht der erste solche Vorfall: Erst im Mai wurden in Lingya in der Provinz Qinghai sieben tibetische Dörfer geräumt, um Platz für einen Wasserkraft-Staudamm zu schaffen. Bei Nichtbefolgen der Anordnung wurde den Bewohner:innen mit Haftstrafen gedroht.

Die Förderung erneuerbaren Energiequellen ist notwendig, um der Klimakrise zu begegnen. Doch die Energiewende darf nicht auf Kosten lokaler Indigener Gemeinschaften und Minderheiten gehen. Dafür setzt sich die GfbV im Rahmen der SIRGE Koalition ein (mehr dazu im Artikel nebenan).

Text: **Selina Morell**, Programmleiterin China



«Der Schutz der isoliert lebenden Gruppen in Brasilien liegt auch in der Verantwortung der Schweiz»

Der brasilianische Aktivist Beto Marubo weilte Ende Juni in der Schweiz, um im Rahmen eines GfbV Benefiz-Abends Geld für den Schutz der in freiwilliger Isoliertheit lebenden Gemeinschaften im brasilianischen Amazonas zu sammeln. Im Interview erzählt er unter anderem über deren Situation und die politischen Entwicklungen in Brasilien.

Interview: **Reta Barfuss**, Praktikantin Kommunikation und **Leonor Hernandez**, Programmleiterin Amazonas / Foto: **Paulo Zero**

Sie engagieren sich im brasilianischen Amazonas für Gruppen, die im Vale do Javari in freiwilliger Isoliertheit leben. Wie ist die Situation dieser Gruppen momentan?

Unter Lulas Regierung sind die freiwillig isoliert lebenden Gruppen in Brasilien genauso in Gefahr wie unter Bolsonaro. Im Javari Tal bedrohen Goldabbau, Rohstoffabbau und Drogenhandel und die mit diesen profitablen Geschäften einhergehende Gewalt diese Gemeinschaften. Um die Situation zu verbessern, sucht Lulas Regierung den Dialog, doch die beiden Kammern des nationalen Parlaments sind nach wie vor deutlich rechts. Und es ist das Parlament, das die Gesetze macht: Diese zielen weiterhin darauf ab, Indigenenrechte zu schwächen.

Hat sich in den letzten Monaten denn gar nichts geändert?

Die aktuelle Regierung hat ein Indigenenministerium erschaffen. In diesem Ministerium ist auch die Behörde angesiedelt, die für den Schutz der isoliert lebenden Gruppen zuständig ist. Dies ist ein Fortschritt, doch dem Indigenenministerium sind aufgrund der rechten Politik unter der letzten Regierung oftmals die Hände gebunden: Die tatsächlich getroffenen Schutzmassnahmen sind kaum nennenswert.

Wie organisieren Sie sich mit der Organisation UNIVAJA, um den Schutz dieser Gruppen zu stärken?

Einerseits schauen wir der Regierung auf die Finger und erinnern sie an ihre Versprechen und Verpflichtungen. Doch das allein genügt nicht. Deshalb nehmen wir die Dinge auch immer wieder selbst in die Hand: Wir lokalisieren isoliert lebende Gruppen, beobachten sie von Weitem und markieren ihre Territorien, um ihr Recht auf ihr Territorium durchzusetzen. Damit ergänzen wir behördliche Massnahmen. Manchmal müssen wir uns aber auch gegen die Behörden stellen: Dann reichen wir zum Beispiel eine Verfassungsklage gegen die Regierung oder Behörden ein. Damit versuchen wir diese auf gerichtlichem Weg zu verpflichten, die Rechte der isoliert lebenden Gruppen durchzusetzen.

Inwiefern muss auch die Schweiz als Sitz multinationaler Konzerne Verantwortung übernehmen?

Der Schutz der isoliert lebenden Gruppen in Brasilien ist nicht allein eine Sache der brasilianischen Regierung. Er ist auch in der Verantwortung der Schweiz: Diese muss ihren internationalen Verpflichtungen nachkommen und ihren Handel transparent machen, insbesondere jenen mit Gold. Denn ein Teil des Goldes, darunter solches aus dem Yanomami-Gebiet im brasilianischen Amazonas, ist mit einer Geschichte schwerer Menschenrechtsverletzungen verflochten – und wird auf dem Schweizer Finanz- und Goldplatz gehandelt. Davor darf die Schweiz die Augen nicht länger verschliessen.

Welche Unterstützung wünschen Sie sich von den Menschen in der Schweiz?

Mit finanzieller Unterstützung, wie sie auch die GfbV geleistet hat, kann ich meiner Gemeinschaft direkt und konkret helfen. Solche Massnahmen sind sehr wichtig, denn sie sind effizient und pragmatisch. Doch auch politische Massnahmen sind erforderlich: Menschen in der Schweiz müssen Druck auf die Regierung ausüben, damit in der Schweiz kein Gold und keine anderen Mineralien aus Indigenen Territorien mehr gehandelt werden.

Beto Marubo ist ein Indigener Aktivist aus dem Javari Tal, der sich seit Jahren für die Rechte der dort lebenden Indigenen Gemeinschaften einsetzt. Heute ist Beto Marubo Repräsentant der Union of Indigenous Peoples of the Javari Valley (UNIVAJA) und sensibilisiert die Öffentlichkeit und die Behörden national und international für den Schutz der in freiwilliger Isoliertheit lebenden Indigenen Gruppen.